

Zeitschrift: Arbido
Band: - (2006)
Heft: 2: Urheberrecht - Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte = Droit d'auteur - Loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins = Diritto d'autore - Legge federale sul diritto d'autore e sui diritti di protezione affini
Rubrik: Le point de vue des auteurs = Die Sicht der AutorInnen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4. Le point de vue des auteurs/ Die Sicht der AutorInnen

Das Urheberrecht ist gut, muss aber noch besser werden

Le droit d'auteur est bon, mais peut mieux faire

Peter A. Schmid

Verband der Autorinnen und Autoren
der Schweiz (AdS)

*Association des auteurs et autrices
suisses*

Für den Verband der Autorinnen und Autoren der Schweiz (AdS) ist das Urheberrecht von zentraler Bedeutung, denn es schützt die Persönlichkeitsrechte des Urhebers und regelt die Nutzungsrechte an den Werken. Im Rahmen der gegenwärtigen Debatte um die Revision des Urheberrechts in der Schweiz unterstützt der AdS die Absicht, die OMPI-Abkommen in das schweizerische Urheberrecht aufzunehmen. Der AdS bedauert es aber, dass in der gegenwärtigen Revision die Bibliothekstatieme keine Aufnahme gefunden hat und auch kein Anlauf dazu unternommen worden ist, um die angemessene Vergütung der Nutzungsrechte gesetzlich zu regeln. Hierzu braucht es eine Diskussion um das Urhebervertragsrecht und um das Künstlergemeinschaftsrecht.

Der Verband der Autorinnen und Autoren (AdS), der 2003 als Nachfolgeorganisation des Schweizerischen Schriftstellerinnen- und Schriftsteller-Verbandes und der Gruppe Olten gegründet wurde, versammelt gegen 900 Autorinnen und Autoren aller Sparten und Regionen. Für alle Mitglieder des AdS ist das Urheberrecht von zentraler Bedeutung, denn es schützt einerseits ihr Urheberpersönlichkeitsrecht und regelt andererseits in den Grundzügen

die Nutzung der geschaffenen Werke und – zumindest in einigen Fällen – die Entschädigung für diese Nutzung.

Das Urheberpersönlichkeitsrecht ist für die Autorinnen und Autoren von grösster Bedeutung, denn sie wollen selbst entscheiden, wann und wo ihr Werk veröffentlicht wird. Sie allein haben das Recht, über die Nutzung ihres Werkes zu entscheiden. Wichtig ist dabei vor allem das Recht auf Werkintegrität. So ist etwa ein Verleger nicht berechtigt, ohne Zustimmung des Autors ein Werk in veränderter Form herauszugeben und auch im Theaterbereich kann die Autorin entscheiden, ob und wie ihr Werk verändert werden kann. Dieses Recht auf Werkintegrität wurde erst kürzlich in einem Mustervertrag für Übersetzerinnen und Übersetzer, den AdS und der Deutschschweizerische Verlegerverband zusammen erarbeitet haben, für belletristische Übersetzungen präzisiert und vertraglich weiter geregelt (der Vertrag ist unter www.a-d-s.ch einsehbar).

Keine totale Freiheit

Die Urheberpersönlichkeitsrechte sind heute mehr und mehr unter Druck. Unter dem Deckmantel des freien Informationszuganges und des freien Umgangs mit diesen Informationen wird das Urheberrecht insgesamt vermehrt in Zweifel gezogen. In der breiten Diskussion um Copyleft werden neben ideologischen auch ästhetische Argumente (surf, sample, manipulate) vor-

gebracht, um den Urheberrechtsschutz aufzuheben und literarische Werke der freien Bearbeitung zugänglich zu machen.

Der Zeitgeist scheint zu verlangen, dass jeder sich ein Recht auf kostenlosen Zugriff zu Kunstwerken sowie ein Recht darauf anmasst, diese ohne jede Einschränkung zu manipulieren. In diesem Kontext schwächt sich der Respekt, den man dem Werk und dem Urheber schuldet, immer mehr ab, und es treten vermehrt Verletzungen des Urheberpersönlichkeitsrechts auf, ganz zu schweigen von den Vermögensrechten der Urheber, die im Internet oft mit Füßen getreten werden. Das Urheberpersönlichkeitsrecht muss auch in einem digitalen Umfeld gewahrt werden, selbst wenn die Technik die Verletzung dieses Rechts erleichtert. Weil eben das Manipulieren digitaler Werke so einfach ist, wird der Schutz des Urheberpersönlichkeitsrechts notwendiger denn je.

Aus diesem Grund ist es zu begrüssen, dass das Schweizer Urheberrecht an die Bedingungen der neuen Technologien angepasst wird und dass die beiden so genannten «Internet-Abkommen» auch in der Schweiz umgesetzt werden. Nur so kann das Urheberrecht in der Informationsgesellschaft gesichert werden.

Ein Problem stellen in diesem Zusammenhang sicherlich auch für die Autorinnen und Autoren die neuen technischen Schutzmassnahmen (Di-

gital-Rights-Management-Systeme – DRM) dar. Wie die französische Schwes-tergesellschaft, die «Société des Gens des Lettres», ist der AdS grundsätzlich der Meinung, dass auch bei den neuen digitalen Nutzungen das Urheberpersönlichkeitsrecht weiterhin uneingeschränkt geschützt werden muss. Das bedeutet, dass den Urhebern das Recht zukommen muss, zu entscheiden, ob und wie ihr Werk in digitalen Netzwerken genutzt und verbreitet werden darf.

Die Forderung nach dem freien Zugang zu Informationen, die sicherlich auch ihre Berechtigung hat, darf nicht dazu führen, dass die geistigen Leistungen der Urheberinnen und Urheber ohne deren Zustimmung verbreitet werden dürfen. Selbstverständlich ist dabei für uns auch, dass jede Nutzung eine angemessene Entschädigung an den Urheber nach sich ziehen muss.

Der AdS steht dem DRM mit gemischten Gefühlen gegenüber. Zwar können so die Nutzungen der geschützten Inhalte kontrolliert und die Entschädigungen gesichert werden, nur: Wer übt diese Kontrolle aus, welche Ziele werden damit verfolgt, und was wird damit bewirkt? Da DRM teure und hochkomplexe Systeme sind, ist es eine Illusion zu glauben, die Urheber

Das Urheberpersönlichkeitsrecht ist für die Autorinnen und Autoren von grösster Bedeutung, denn sie wollen selbst entscheiden, wann und wo ihr Werk veröffentlicht wird. Sie allein haben das Recht, über die Nutzung ihres Werkes zu entscheiden. Wichtig ist dabei vor allem das Recht auf Werkintegrität.

und Interpreten könnten auf diesem Wege ihre Rechte selber kontrollieren. Vielmehr wird die Konzentration der Rechte in wenigen Händen die Abhängigkeit und das Ausgeliefertsein der Künstler und Konsumenten gegenüber den Medien- und Unterhaltungsindustrien mit dem DRM stark zunehmen. Der AdS wird zusammen mit anderen Künstlerorganisationen und mit Suisseculture prüfen, welche Massnahmen notwendig sind, um diese negativen Auswirkungen zu verhindern.

Da die mit technischen Massnahmen angestrebte Kontrolle eine totale ist, erstreckt sie sich bis in die Privatsphäre. Abgesehen von den damit verbundenen Problemen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes gerät das DRM hier in Konflikt mit den vom Urheberrechtsgesetz absichtlich erlaubten Nutzungen, insbesondere dem privaten, dem Schul- und betriebsinternen Gebrauch (Eigengebrauch). Diese Probleme wurden in den letzten Monaten in Frankreich intensiv und sehr kontrovers diskutiert.

Für den AdS ist klar, dass zumindest das Umgehen oder Ausschalten von technischen Massnahmen dort weiterhin möglich und erlaubt bleiben muss, wo es um die urheberrechtlich erlaubte Nutzung geht.

Urhebervertragsrecht

Beim Urheberrecht geht es neben den immateriellen Interessen der Urheber vor allem auch um wirtschaftliche Interessen. Hier zeigen sich beim gegenwärtigen Recht und auch beim Revisionsprojekt aus Autorensicht erhebliche Mängel, insofern weder die Bibliothekstantieme noch ein Urhebervertragsrecht vorgesehen sind.

Der AdS begrüsst, dass im Rahmen der Revision der Produzentenartikel nicht aufgenommen worden ist. Der Produzentenartikel widerspricht dem Grundgedanken des bestehenden Urheberrechtes und würde in ungerechtfertigter Weise die Stellung des Produzenten, der schon heute über vertragliche Regelungen eine Machtposition einnimmt, stärken.

Aus Sicht der Autorinnen und Autoren hätte das Verhältnis zwischen Urheber und Produzent aber durchaus thematisiert werden können, und zwar in Hinblick auf ein Urhebervertragsrecht, wie es einige europäische Länder kennen und wie es in Deutschland 2002 eingeführt worden ist.

Das Problem in Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Autorinnen und Autoren ist, dass das Gesetz – wenn man von einigen Nebenbestimmungen absieht – keine Auskunft darüber gibt, wie die Verwertung von Rechten entschädigt werden soll. Hier wird in der Schweiz auf die Vertragsfreiheit ver-

wiesen. Es gibt letztlich keinerlei verbindliche gesetzliche Regelungen für Verträge und Entschädigungen zwischen Urhebern und Verwertern. Zwar konnte der AdS mit dem Deutschschweizer Verlegerverband in der Vergangenheit zwei Musterverträge erarbeiten. Die Verwendung dieser Verträge bleibt aber freiwillig, und in Hinblick auf die Tarife konnte keine Einigung erzielt werden, da der Verlegerverband stets auf die Verlagsfreiheit seiner Mitglieder hingewiesen hat.

Die Frage der Honorierung unterliegt voll und ganz dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, wobei klar ist und immer wieder deutlich wird, dass die Autorinnen und Autoren in der schwächeren Position sind.

In Deutschland ist das seit dem 1. Juni 2002 anders. Das neue Gesetz garantiert einen Anspruch jedes Urhebers und ausübenden Künstlers auf angemessene Vergütung einer Rechtenut-

Die Forderung nach dem freien Zugang zu Informationen, die sicherlich auch ihre Berechtigung hat, darf nicht dazu führen, dass die geistigen Leistungen der Urheberinnen und Urheber ohne deren Zustimmung verbreitet werden dürfen.

zung. Die Angemessenheit der Vergütung legen dabei nicht nur die Gerichte in einzelnen Streitfällen fest, vielmehr räumt das neue Gesetz den Verbänden von Urhebern das Recht ein, mit Verwerterverbänden oder einzelnen Verwerterunternehmen gemeinsame Vergütungsregelungen verbindlich auszuhandeln. Können keine solchen Regelungen ausgehandelt werden, dann kann jede Seite ein Schlichtungsverfahren einleiten.

Von solchen Zuständen können die Schweizer Urheberinnen und Urheber nur träumen. Sie bleiben dem freien Markt ausgesetzt und verbleiben damit in ihrer schwächeren Position. Es ist klar, dass im Rahmen der Urheberrechtsrevision, die vor allem die OMPI-Abkommen zum Gegenstand hat, solche Gedanken unmittelbar keinen Platz haben. Bedauerlich ist aber, dass im

Rahmen der Überlegungen zum Kulturförderungsgesetz, das 2005 in der Vernehmlassung war, keine solche Überlegungen angestellt worden sind, obwohl dieses Gesetz explizit die Förderung des künstlerischen Schaffens und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler zum Gegenstand hat.

Die Frage der Honorierung unterliegt voll und ganz dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, wobei klar ist und immer wieder deutlich wird, dass die Autorinnen und Autoren in der schwächeren Position sind.

Bibliothekstantiemen

Auch in anderer Hinsicht ist die Revision des Urheberrechtes für die Autorinnen und Autoren unbefriedigend. Wie schon 1992 wird auf die Einführung einer Bibliothekstantieme im Entwurf verzichtet. Die Argumente des Bundesrates bleiben dieselben, obwohl in den letzten vierzehn Jahren einiges passiert ist.

Das geltende Urheberrechtsgesetz sieht vor, dass Werkexemplare der Literatur und Kunst vermietet werden dürfen, wobei dem Urheber und der Urheberin dafür eine Vergütung zusteht. Wenn Werkexemplare wie Bücher, Videos, CD, DVD usw. aber gratis verliehen werden, dann fällt gemäss geltendem Recht keine Vergütung an.

Für den AdS ist diese Regelung unverständlich und ungerecht. Auch bei der Gratisverleihung muss eine Entschädigung an die Urheber anfallen.

Insbesondere Autorinnen und Autoren belletristischer Werke werden vom geltenden Recht benachteiligt. Ihre Bücher können von der Vergütung durch das Kopieren nur wenig profitieren, da sie wenig kopiert, jedoch häufig ausgeliehen werden. Diese Ausleihen führen zu Minderverkäufen, die durch eine angemessene Entschädigung teilweise ausgeglichen werden sollten.

Das EU-Recht sieht seit 1992 vor, dass Autorinnen und Autoren für die Ausleihen ihrer Werke in Bibliotheken entschädigt werden. Höhe und Art der Finanzierung sind in den einzelnen EU-Staaten unterschiedlich. Zum Teil

bezahlt der Staat aufgrund von Querschnittserhebungen direkt, zum Teil müssen die Bibliotheken aufgrund ihrer tatsächlichen Ausleihzahlen mit den Verwertungsgesellschaften abrechnen.

Mit dem Hinweis auf die «unveränderte Meinung der interessierten Kreise» hat der Bundesrat auf die Einführung dieses Verleihrechtes verzichtet. Dabei unterschlägt er, dass in den letzten Jahren sehr wohl einige Kreise zu einer anderen Meinung gekommen sind. Das zeigt sich etwa sehr deutlich an der Vernehmlassungsantwort des Kantons Zürich zur Revision des URG. Dort heisst es in Hinblick auf die Bibliothekstantiemen unmissverständlich, dass eine Angleichung an das Recht der EU-Mitgliedstaaten erstrebenswert ist und dass es keine Gründe gibt, die es notwendig erscheinen lassen, dass die Schweiz hier eine grundsätzlich andere Regelung trifft als die umliegenden EU-Staaten (vgl. dazu www.regierungsrat.zh.ch).

Diese Haltung vertritt auch der AdS dezidiert. Für uns ist es unerklärlich, wieso diese Harmonisierung mit dem EU-Recht nicht vorgenommen wird. Selbstverständlich sind auch für uns der Zugang zu Büchern auf allen Stufen der Bildung und die Situation der Bibliotheken von grosser Wichtigkeit, nur kann das kein Grund dafür sein, die Autorinnen und Autoren nicht zu entschädigen.

Unbestritten kommt den Bibliotheken eine wichtige Aufgabe bei der Vermittlung von Literatur und Bildung

Es ist doch offensichtlich die Pflicht der öffentlichen Hand, die die öffentlichen Bibliotheken in der Schweiz zum grössten Teil finanziert, für ihre kulturellen Angebote die Rechte der Urheber und Urheberinnen angemessen abzugelten.

zu. Allein: Es sollten alle daran Beteiligten für ihren Beitrag honoriert werden. Heute erhalten die Urheber und Urheberinnen, mit deren Werken die Verleiher und die Bibliotheken ja überhaupt erst tätig werden können, kein Entgelt

für ihre Arbeit. Dafür ist kein triftiger Grund zu sehen, denn jedes Urheberrecht knüpft – in internationaler Übereinstimmung – generell an jeden Nutzungsvorgang mit geschützten Werken und Leistungen an und gewährt den Berechtigten eine angemessene Vergütung, unabhängig davon, ob die Nutzungen entgeltlich oder unentgeltlich sind.

Befürchtungen der Verleiher, zumal der Bibliotheken, dass ihnen dadurch Gelder für die Anschaffung weiterer Werkexemplare fehlen, vermögen ebenfalls nicht zu überzeugen. Es ist doch offensichtlich die Pflicht der öffentlichen Hand, die die öffentlichen

Für den AdS ist klar, dass das Urheberrecht auch eine kulturpolitische Dimension hat und insofern auch einen Beitrag an die Verbesserung der Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen leisten soll. Durch das Künstlergemeinschaftsrecht könnte der Kunstsektor damit selbst einen gewichtigen Beitrag zur Lösung eines dringenden Problems beitragen, ohne dass eine neue finanzielle Forderung an den Staat gestellt werden müsste.

Bibliotheken in der Schweiz zum grössten Teil finanziert, für ihre kulturellen Angebote die Rechte der Urheber und Urheberinnen angemessen abzugelten.

Für den AdS ist klar, dass die Einführung der Bibliothekstantieme nicht auf Kosten der Bibliotheken gehen darf. Vielmehr muss auch in der Schweiz eine Lösung gesucht werden, bei der die Budgets der Bibliotheken für den Ankauf von Büchern nicht beschnitten werden, sondern die öffentliche Hand die legitimen Kosten für die Bibliothekstantiemen übernimmt. Für Schul- und Universitätsbibliotheken, die einen Bildungsauftrag erfüllen, können dabei – wie das heute schon bei der Reprografieabgabe der Fall ist – besondere Tarife vorgesehen werden. Die Ausführungen des Zürcher Regierungsrates lassen berechtigte Hoffnungen zu, dass die Kantone bereit sein könnten, ihren Teil an diese berechnete Abgabe zu leisten.

Künstlergemeinschaftsrecht

Das Urheberpersönlichkeitsrecht ist in seinem – moralischen – Kern (Droit morale) unverletzlich, unveräusserlich und immerwährend. Dennoch ist sein Schutz aus (rechts-)pragmatischen Gründen zeitlich begrenzt, nämlich auf 70 Jahre nach dem Tod des Autors. Nach dieser Frist fällt der Urheberrechtsschutz dahin und die Rechte werden zu einem Gemeingut.

Konkret bedeutet dies, dass die Rechtnutzer nun frei über das Werk verfügen können und auch keine Entschädigungen mehr entrichten müssen. Das dies interessant ist, zeigt sich an den vielen stets 70 Jahre nach dem Tod ausgerufenen Gedenkjahren (im letzten Jahr war es Ringelmatz) mit unzähligen neuen Ausgaben, aber auch an der Beliebtheit klassischer Theatertexte an den hiesigen Bühnen.

Aus Sicht des AdS ist dieser Rückfall in das Gemeingut nicht befriedigend, da nur mehr die Produzenten von den geistigen Schöpfungen profitieren

können. Geändert werden könnte dies durch die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechtes. Ein solches Recht war im Entwurf zum deutschen Urheberrechtsgesetz von 1962 vorgesehen. Für die öffentliche Wiedergabe und die gewerbemässige Verbreitung urheberrechtlich nicht mehr geschützter Werke sollte eine Vergütung in einen Urheberfonds gezahlt werden. Dieser Urheberfonds sollte der sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler dienen.

Diese Idee ist auch heute noch bestehend, ist doch die soziale Situation vieler Künstlerinnen und Künstler alles andere als rosig. Eine neuere Studie zur sozialen Sicherheit, die von zwölf Kulturorganisationen mit insgesamt über 8000 Mitgliedern durchgeführt worden ist, zeigt in Hinblick auf die Autorinnen und Autoren, dass sehr viele von ihnen selbstständig erwerbend sind, aber nur ein kleines Einkommen aus der künstlerischen Tätigkeit erzielen können. Konkret erzielen nur gerade

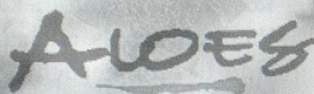
16 Prozent der Autorinnen und Autoren mehr als Fr. 25 320.– Einkommen aus ihrer künstlerischen Tätigkeit. Interessant ist auch die Beobachtung, dass bei immerhin knapp 24 Prozent aller Kunstschaffenden das Einkommen zwischen Fr. 10 000.– und 25 320.– 80 bis 100 Prozent des gesamten Erwerbseinkommens ausmacht. Bei diesen 24 Prozent der Kulturschaffenden ist es wohl angezeigt, von Working-Poor zu sprechen. Es zeigt sich zudem, dass knapp 50 Prozent aller Künstlerinnen und Künstler angeben, dass Fr. 10 000.– bis Fr. 25 320.– bei ihnen 60 bis 80 Prozent des gesamten Einkommens darstellt.

Erwartungsgemäss sieht auch die Situation bei der Vorsorge nicht gut aus. Insgesamt sind knapp 50 Prozent der Kunstschaffenden keiner beruflichen Vorsorge angeschlossen und haben deshalb auch keine ausreichende Altersvorsorge.

Die Verbände der professionellen Künstlerinnen und Künstler drängen

Informatique

pour bibliothèques
et médiathèques



ALOES

La solution ALOES ouvre une nouvelle dimension de la gestion documentaire: faire de chaque bibliothèque une véritable "bibliothèque mondiale".



EPSILON

SOFTWARE ASSISTANCE SA

Münchenstein Neuchâtel Martigny

Für LeserInnen-Briefe
auf www.arbido.ch



E-Mail:
dlb@dreamteam.ch

BUBENBERGHAUS – HUMANA – SIHL

Ihre Fachbuchhandlung
in Bern & Zürich

Kompetente Beratung
an zentraler Lage!

www.huberlang.com

Fachbücher • Medien • Zeitschriften

HUBER & LANG



seit langer Zeit auf eine Verbesserung dieser Situation. Dabei könnte das Urhebergemeinschaftsrecht neben anderen Instrumenten einen wichtigen Beitrag leisten.

Nur schon eine kleine Abgabe für die Verwertung von nicht mehr geschützten Werken könnte eine grosse Wirkung für das aktuelle künstlerische Schaffen zeitigen. Vielfach wird eingewendet, dass das Urheberrecht nicht der geeignete Ort sei, um solche Probleme zu lösen. Das mag sein, wenn man das Urheberrecht losgelöst von einer kulturpolitischen Debatte betrachtet. Dies ist aber offensichtlich

eine zu stark eingeschränkte Sicht, werden doch die wirtschaftlichen Interessen im Urheberrecht immer auch unter kulturpolitischen Argumenten verteidigt (vgl. Diskussion um das Folgerecht oder um die Bibliothekstantieme).

Für den AdS ist klar, dass das Urheberrecht auch eine kulturpolitische Dimension hat und insofern auch einen Beitrag an die Verbesserung der Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen leisten soll. Durch das Künstlergemeinschaftsrecht könnte der Kunstsektor damit selbst einen gewichtigen Beitrag zur Lösung eines dringenden Problems beitragen, ohne

dass eine neue finanzielle Forderung an den Staat gestellt werden müsste.

In dem Sinne hoffen wir selbstverständlich, dass im Rahmen der bevorstehenden kulturpolitischen Debatten auch die Idee eines Künstlergemeinschaftsrechtes geprüft wird. Für den AdS ist es dabei klar, dass diese Rechtabgeltung ein geeigneter Weg wäre, um die soziale Situation der Autorinnen und Autoren, ja aller Künstlerinnen und Künstler, zu verbessern.

contact:
paschmid@a-d-s.ch

La Société suisse des auteurs (SSA) Die Schweizerische Autoren-gesellschaft (SSA)

Sandra Gerber Bugmann
Service juridique
Société suisse des auteurs SSA

Les droits exclusifs que la loi fédérale sur le droit d'auteur reconnaît aux auteurs sur leurs œuvres couvrent autant leurs droits économiques (droits sur la rémunération liée à l'exploitation de leurs œuvres) que leur droit moral (l'œuvre n'étant pas qu'un objet de commerce mais l'expression de la pensée de l'auteur).

Cette protection de la loi est en soi un excellent acquis pour les auteurs: en leur permettant de vivre de leur art, leur créativité devrait en être stimulée.

Mais c'est encore un tout autre défi pour les auteurs que de faire valoir en pratique leurs droits: devant la multiplication des modes d'exploitation et la complexité grandissante des procédés techniques utilisés, la gestion individuelle des œuvres par leurs auteurs est devenue pratiquement impossible.

Ainsi, plutôt que de s'en remettre uniquement à des tiers (producteurs audiovisuels, diffuseurs, etc.) déjà occupés à défendre leurs propres intérêts économiques pour garantir leur rémunération, les auteurs ont souscrit à l'adage *nul n'est mieux servi que par soi-même* en créant leurs propres sociétés

pour gérer collectivement une partie de leurs droits. Pour certaines exploitations, c'est d'ailleurs la loi elle-même qui prévoit que les droits à rémunération des auteurs ne peuvent être exercés que par leurs sociétés de gestion: c'est ce qu'on appelle la «gestion collective obligatoire» et qui concerne sous le couvert de neuf «tarifs communs» la perception pour la distribution d'œuvres dans des réseaux câblés, la perception de redevances pour cassettes vierges, la location d'exemplaires d'œuvres dans les bibliothèques, les photocopies dans les bibliothèques et les écoles, entre autres.

La SSA (Société suisse des auteurs) est l'une des cinq sociétés de gestion agréées par l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle. Elle coopère étroitement avec les quatre autres sociétés suisses de gestion de droits d'auteur et de droits voisins: Suissimage (audiovisuel), ProLitteris (arts plastiques et littérature), Suisa (musique) et Swissperform (droits voisins).

Créée et gérée par les auteurs, la SSA est un outil à leur disposition. Organisée en société coopérative sans but lucratif, elle gère le répertoire de ses membres qu'ils soient scénaristes, réalisateurs, dialoguistes, adaptateurs, traducteurs, dramaturges, compositeurs

de musique de scène, mimes, chorégraphes ou encore écrivains à l'origine d'une œuvre audiovisuelle ou dramatique.

Quel est le rôle de la SSA?

En premier lieu et principalement, un travail en deux temps: perception et répartition. Sa mission est de percevoir l'argent des droits d'auteur auprès des utilisateurs des œuvres et ensuite de le répartir ponctuellement à ses membres en l'accompagnant de décomptes précis. Elle assure à cette fin un contrôle des exploitations des œuvres très pointu dans les secteurs d'utilisation où elle intervient: télédiffusion, radiodiffusion, reproduction sur DVD et CD, représentations théâtrales, etc., en dépouillant notamment les programmes télévisuels et ceux des théâtres, ainsi que la presse quotidienne et spécialisée.

La gestion collective garantit aux auteurs un contrôle de l'utilisation de leurs œuvres sur le long terme, même s'ils cessent d'exercer une activité artistique, s'ils émigrent ou s'ils décèdent (les droits d'auteur sont protégés 70 ans après le décès de l'auteur en faveur de leurs héritiers).

La SSA n'est pas active seulement en Suisse: afin d'assurer à ses membres le

paiement de droits au titre de l'exploitation de leurs œuvres à l'étranger, la SSA développe un réseau de relations bilatérales avec les sociétés étrangères, en signant des contrats de représentation réciproque, tant dans le domaine du spectacle vivant que dans celui de l'audiovisuel.

Le travail de la SSA s'étend au-delà de cette mission première de perception et de répartition des droits d'auteur. Elle accompagne également les auteurs dans de nombreux aspects de leur vie artistique et professionnelle en leur apportant:

- un soutien financier approprié à la réalisation de leurs projets par le biais des concours de son Fonds Culturel,
- une assistance dans leurs démarches juridiques grâce aux conseils gratuits du service juridique,
- une aide sociale d'appoint au travers de son Fonds de Solidarité,
- une Fondation de Prévoyance,
- des informations utiles par le biais de sa revue *A-Propos* et des courriels qu'elle envoie périodiquement à ses membres, etc.

La gestion collective garantit aux auteurs un contrôle de l'utilisation de leurs œuvres sur le long terme, même s'ils cessent d'exercer une activité artistique, s'ils émigrent ou s'ils décèdent.

Sur le plan politique, la SSA doit souvent se prononcer au nom des auteurs sur des questions relatives aux nouvelles technologies, à la législation sur le

droit d'auteur, aux politiques audiovisuelles menées par les Etats, ceci afin de défendre et de préserver les créateurs dans un environnement en pleine mutation. La SSA entretient des contacts réguliers avec des organismes de promotion culturelle, notamment avec Suisseculture, ch-dramaturgie et l'Association suisse des réalisateurs.

La SSA s'inscrit également dans le réseau des institutions internationales en tant que membre de la CISAC (Confédération internationale des sociétés d'auteurs et compositeurs), de l'ALAI (Association littéraire et artistique internationale) ou de l'AIDAA (Association internationale des auteurs de l'audiovisuel).

Ainsi exposé, le rôle et la place de la SSA dans le paysage de la création audiovisuelle ou dramatique et de son marché semblent être bien ancrés et fonctionner pour le mieux dans le meilleur des mondes, or le système de gestion collective des droits d'auteur est régulièrement attaqué et remis en question.

Les sociétés d'auteurs sont sans cesse sur le qui-vive face à certains détracteurs qui refusent de reconnaître l'apport des droits que les auteurs consentent à leur société en adhérant ou qui leur reprochent un manque de transparence et des taux de gestion trop élevés. Cette accusation est étonnante dès lors que les sociétés de gestion publient des rapports annuels détaillés sur l'ensemble de leur gestion mais il l'est moins lorsque l'on constate qu'elle émane non des auteurs eux-mêmes mais de tiers à qui la gestion collective ne profite pas directement.

En outre, certains producteurs audiovisuels soutiennent que la gestion des droits d'exploitation pourrait très bien être effectuée individuellement par eux-mêmes, par souci d'efficacité et de rentabilité, et que la gestion collective est une exception qui doit le rester. Or c'est précisément parce que la gestion individuelle de leurs droits par les producteurs leur semblait insatisfaisante que les auteurs, par leur seule volonté, ont créé les sociétés de gestion collective.

Par ailleurs, au niveau européen, émerge l'idée selon laquelle la gestion collective telle qu'elle est organisée actuellement selon les territoires nationaux, serait de nature à entraver une offre légale en ligne en Europe, soit l'émergence d'un marché européen de la gestion collective.

Les sociétés d'auteur ont défendu leur position en démontrant que leur mise en concurrence occasionnerait rapidement une baisse sensible de la rémunération des auteurs et partant, limiterait la diversité culturelle dans ses fondements, sans pour autant profiter aux consommateurs.

C'est dans ce contexte que la SSA continue à se battre pour être reconnue comme partenaire à part entière, à légitimer son intervention pour les nouvelles exploitations comme la vidéo à la demande ou sur le marché des DVD et à considérer que le contexte dans lequel elle évolue ne doit pas être fondé que sur le seul axe mercantile.

contact:
sandra.gerber@ssa.ch

[a [r [b | i] d] o]

ANNONCES/INSERATE

– arbido newsletter

– arbido print

– arbido website

→ inserate@staempfli.com

→ 031 300 63 89

Révision du droit d'auteur: le point de vue de SUISA

Revision des Urheberrechts: die Sicht der SUISA

Vincent Salvadé, D^r en droit, chef du service juridique de SUISA, Lausanne¹

SUISA est en Suisse la société compétente pour gérer les droits d'auteur sur les œuvres musicales non théâtrales. Elle compte environ 23 000 membres, auteurs et éditeurs de musique. Grâce aux contrats de représentation passés avec les sociétés de gestion étrangères, elle gère dans notre pays les droits patrimoniaux afférents à la quasi-totalité du répertoire mondial de musique.

Alors que les nouvelles technologies bouleversent le marché musical, que le grand public s'intéresse de plus en plus aux questions de propriété intellectuelle concernant la musique, il a paru intéressant d'évoquer brièvement le point de vue de SUISA sur la révision du droit d'auteur. Mais auparavant, on rappellera les grands axes de celle-ci.

1. Les projets du Conseil fédéral

Le 10 mars 2006, le Conseil fédéral a dévoilé son message concernant cette révision: par deux projets, il entend, d'une part, ratifier les traités de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (OMPI) sur le droit d'auteur (WCT) et sur les interprétations, exécutions et phonogrammes (WPPT); d'autre part, il souhaite modifier la loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins du 9 octobre 1992 (LDA).

a) Modifications de la loi nécessaires pour ratifier les traités

Le Conseil fédéral prévoit tout d'abord de consacrer explicitement le droit de mettre à disposition des œuvres et prestations par le biais de services «à la demande». Cette modification concerne aussi bien le droit d'auteur (art. 10 al. 2 lit. c) que les droits voisins (art. 33 al. 2 lit. a, art. 36 lit. a et art. 37 lit. e) et elle est accompagnée de nouvelles sanctions pénales. Il est ensuite prévu d'in-

roduire une interdiction de contourner les mesures techniques, telles que contrôles d'accès électroniques et dispositifs anticopie (art. 39a). Cette interdiction vise également les «actes préparatoires», c'est-à-dire la fabrication et la distribution de dispositifs permettant le contournement, de même que la fourniture de services à cette fin.

Etant donné que les mesures techniques de protection sont susceptibles d'empêcher ou de limiter des utilisations permises par la loi, le Conseil fédéral a prévu que l'interdiction ne frapperait pas celui qui contourne une mesure technique efficace exclusivement dans le but de procéder à une utilisation licite; il a aussi institué un «observatoire des mesures techniques», chargé d'étudier les conséquences des mesures techniques sur les restrictions au droit d'auteur et d'en rendre compte (art. 39b).

Ce nouvel organe assurera de plus la médiation entre les consommateurs et les utilisateurs de mesures techniques, et ses tâches pourraient être exercées par l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle ou la Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins.

Toujours dans le domaine technique, le Conseil fédéral introduit une protection des informations électroniques permettant l'identification de l'objet protégé et du titulaire des droits, ou spécifiant les conditions d'utilisation. De telles informations ne peuvent pas être supprimées (art. 39c).

Enfin, il est prévu de conférer des droits moraux aux artistes-interprètes (art. 33a) et d'étendre la protection des droits voisins aux expressions du folklore (art. 33).

b) Autres modifications

Par un second projet, le Conseil fédéral propose une série de modifications non liées à la ratification des traités de

l'OMPI: les bibliothèques et autres institutions semblables peuvent établir les copies nécessaires pour la conservation de leurs collections (art. 24 al. 1^{bis}); les reproductions provisoires liées à l'emploi des nouvelles techniques de communication sont autorisées (art. 24a; cette disposition est reprise du droit européen et a pour but de limiter la responsabilité des fournisseurs de service ou d'accès); le droit de reproduire des

De manière générale, SUISA salue la volonté de ne pas rompre avec les équilibres traditionnels du droit d'auteur: dans le domaine d'Internet, les droits sont renforcés lorsqu'ils concernent des utilisations publiques, mais on laisse une large place à l'exception d'usage privé, pour des motifs constitutionnels ou pratiques.

phonogrammes et vidéogrammes à des fins d'émission ne peut être exercé que par une société de gestion agréée (art. 24b); les personnes handicapées bénéficient d'un accès facilité aux œuvres protégées (art. 24c); les téléchargements réalisés au moyen de services à la demande «légaux» sont autorisés sans que les limites prévues à l'art. 19 LDA ne soient applicables et sans que la rémunération pour la copie privée ne soit due (art. 19 al. 5). Selon le Conseil fédéral, cette dernière modification a pour but d'éviter la «double taxation» des utilisateurs et des consommateurs.

c) Revendications non retenues

Mais ce deuxième projet se singularise aussi par les modifications qu'il n'ef-

¹ Cette contribution se base en partie sur un article publié par l'auteur dans *Medialex* 02/06.

fectue pas. Ainsi, la revendication du milieu des beaux-arts concernant le droit de suite n'est pas satisfaite, pas plus que celle des auteurs de littérature en vue d'un droit de prêt. Est également rejetée l'introduction d'une «redevance sur les appareils», qui aurait dû améliorer la perception des droits pour la copie privée, ou la modification de l'art. 34 LDA, qui aurait permis à chaque artiste membre d'un groupe d'agir en justice individuellement (tout en demandant réparation pour le compte de tous).

D'un autre côté, le Conseil fédéral refuse d'attribuer la titularité des droits d'auteur aux employeurs ou aux producteurs, même s'ils financent la création de l'œuvre. En ce domaine, le principe de la liberté contractuelle est donc confirmé.

Le Conseil fédéral n'entre pas non plus en matière sur l'exigence des associations d'utilisateurs concernant un renforcement du contrôle sur les tarifs des sociétés de gestion.

Enfin, le téléchargement d'œuvres par des particuliers continue d'être autorisé, même s'il est effectué à partir d'une source illégale comme une bourse d'échange.

2. Le point de vue de SUISA

De l'avis de SUISA, le contenu des projets n'est guère surprenant. Il fallait s'attendre à ce que le Conseil fédéral ne veuille pas surcharger la révision, et à ce qu'il ne traite pas les revendications pour lesquelles les circonstances ont peu changé depuis l'élaboration de la loi actuelle, au début des années 1990. Le Conseil fédéral évite donc de modifier profondément la pesée des intérêts effectuée par le législateur à l'époque, et l'on peut concéder que le projet remplit son objectif dans les grandes lignes.

De manière générale, SUISA salue la volonté de ne pas rompre avec les équilibres traditionnels du droit d'auteur: dans le domaine d'Internet, les droits

Le souci d'eurocompatibilité sur les questions délicates est par ailleurs appréciable, mais il est regrettable qu'elle se fasse à sens unique: pourquoi suivre le droit européen en ce qui concerne la responsabilité des fournisseurs Internet, tout en rejetant le droit de suite et le droit de prêt, pourtant garantis depuis longtemps dans les Etats de l'Union européenne?

sont renforcés lorsqu'ils concernent des utilisations publiques, mais on laisse une large place à l'exception d'usage privé, pour des motifs constitutionnels ou pratiques.

La copie privée continue donc d'être largement autorisée, mais avec une rémunération en contrepartie, qui permet de dédommager les ayants droit. Il est sage également de ne pas avoir voulu régler en détail la question des rapports entre les mesures techniques et les exceptions au droit d'auteur: en ce domaine, à l'étranger aussi, on a souvent pris le parti d'observer avant de légiférer.

Le souci d'eurocompatibilité sur les questions délicates est par ailleurs appréciable, mais il est regrettable qu'elle se fasse à sens unique: pourquoi suivre le droit européen en ce qui concerne la responsabilité des fournisseurs Internet, tout en rejetant le droit de suite et le droit de prêt, pourtant garantis depuis longtemps dans les Etats de l'Union européenne?

Mais le Conseil fédéral a malheureusement cédé du terrain au lobby de l'indus-

trie du divertissement et de la technologie. Celle-ci contraint le consommateur à utiliser des systèmes propriétaires, non interopérables. Les possesseurs d'iPods, appareils vendus par Apple, ne peuvent bénéficier d'une offre licite de musique en ligne que chez iTunes, service exploité par Apple. Microsoft développe également une telle offre, qui ne peut être consultée que par les utilisateurs ayant auparavant installé Windows Media Player (un produit Microsoft).

Par ce moyen, ces entreprises obtiennent de plus grandes recettes du même consommateur. Et ce sont apparemment elles que le Conseil fédéral a écoutées, lorsqu'elles ont prétendu que les artistes veulent se faire payer deux fois. Le gouvernement a tenu compte de ce grief en adoptant l'art. 19 al. 5 précité, disposition contestable.

On peut certes comprendre la volonté de mettre au même niveau le commerce électronique et la distribution d'exemplaires physiques. Toutefois, le souci d'éviter les «doubles taxations» paraît reposer sur une confusion entre le prix d'accès au service et les redevances de droits d'auteur: le fait que le consommateur paie un utilisateur de l'œuvre ne doit pas altérer la position du titulaire des droits d'auteur ou des droits voisins, même si le premier agit licitement.

D'ailleurs, l'industrie réalise des revenus à deux niveaux: en mettant des œuvres à disposition sur Internet, mais aussi en commercialisant du matériel destiné au téléchargement. Il serait donc normal que les créateurs participent à chacun de ces revenus. Les Chambres fédérales auront certainement l'occasion de revenir sur les questions précitées.

contact:

Vincent.Salvade@suisa.ch

Courrier des lecteurs
e-mail: dlb@dreamteam.ch

arbido print
arbido newsletter

Neuverhandlungen der Urheberrechtsabgaben der Bibliotheken

Renégociations des taxes de droit d'auteur pour les bibliothèques

Franziska Eberhard

Vizedirektorin der ProLitteris

Die Vervielfältigung eines Werkes der Literatur und Kunst war zu Beginn des 20. Jahrhunderts Sache der Verleger. Sie allein verfügten über die dafür notwendigen technischen Geräte. Heute im Zeitalter der modernen Massennutzungen verfügt fast jeder Betrieb und jede Privatperson über eigene Geräte wie Fotokopierer, CD- und DVD-Brenner, Computer und Scanner, um Vervielfältigungen von geschützten Werken herzustellen.

Bücher wie auch Ton- und Tonbildträger dürfen gemäss heutigem Gesetz nicht nur vervielfältigt, sondern auch vermietet werden. All dies hat für die Urheber und Urheberinnen erhebliche finanzielle Konsequenzen bezüglich der Verwertung ihrer Werke. Für bestimmte Verwendungen hat der Gesetzgeber daher als Ausgleich einen Vergütungsanspruch eingeführt, denn die Urheber und Urheberinnen sollen an der Nutzung ihrer Werke finanziell beteiligt werden. Diese Vergütungsansprüche können nur von zugelassenen Verwertungsgesellschaften eingezogen werden. Das geschieht aufgrund von sog. Gemeinsamen Tarifen.

Tarifverhandlungen

Am 31. Dezember 2006 endet die Tarifdauer dreier Gemeinsamer Tarife der Urheberrechtsgesellschaften: Der GT 6 für das Vermieten, der GT 8 für das Fotokopieren und der GT 9 für das digitale Vervielfältigen innerhalb von Betrieben.

Zurzeit werden diese Tarife zwischen der ProLitteris als Vertreterin aller Urheberrechtsgesellschaften einerseits und den massgebenden Nutzerverbänden der Schweiz andererseits neu verhandelt.

Dabei vertreten die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen

öffentlichen Bibliotheken (SAB), der Verband der Bibliotheken und der Bibliothekarinnen/Bibliothekare (BBS) sowie der Dachverband der Urheber- und Nachbarrechtsnutzer (DUN) die Bibliotheken der Schweiz. Die Liechtensteinische Landesbibliothek vertritt die Interessen der im Fürstentum Liechtenstein angesiedelten Bibliotheken.

Die neu ausgehandelten Tarife werden Ende Mai bzw. Ende Juni 2006 der Eidgenössischen Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (ESchK) zur Genehmigung eingereicht. Solche Tarife sind für die Gerichte verbindlich. Die ProLitteris ist die inkassoführende Urheberrechtsgesellschaft.

Pro Tarif ist jeweils nur eine bestimmte Urheberrechtsgesellschaft tätig. Diese Gesellschaft verteilt die Entschädigungen – basierend auf einem vom Institut für Geistiges Eigentum (IGE) genehmigten Verteilungsreglement – an die eigenen Berechtigten und leitet einen Teil davon auch an die anderen Urheberrechtsgesellschaften für deren Mitglieder weiter.

Gesetzliche Lizenz

Bei allen drei Tarifen handelt es sich um Vergütungen, die im Gesetz festgelegt wurden. Das Gesetz erlaubt gewisse Verwendungen und statuiert umgekehrt eine Vergütungspflicht. Die Vergütung kann nicht an die einzelnen Berechtigten bezahlt werden. Vielmehr ist eine bestimmte Urheberrechtsgesellschaft zuständig für den Einzug und die Verteilung. Die Urheberrechtsgesellschaft steht für diese Tätigkeit unter Aufsicht des Bundes. Zuständig ist das Institut für Geistiges Eigentum (IGE).

Vermietentschädigung

Soweit Bücher, Ton- und Tonbildträger gegen Entgelt an die Bibliotheksbenut-

zer vermietet werden, ist dafür eine Vermietentschädigung (Gemeinsamer Tarif 6) zu entrichten. Das im Tarif festgelegte Entgelt basiert zum einen auf dem Mietpreis, zum anderen auf einmaligen oder wiederkehrenden Beiträgen, die zu einem zeitlich beschränkten Mieten von Werkexemplaren berechtigen.

Immer mehr Bibliotheken sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, für bestimmte Bereiche neben der Mitgliedschaftsgebühr eine solche Vermietentschädigung zu verlangen. Vor fünf Jahren waren 100 Bibliotheken davon betroffen. Heute sind es bereits 170 Bibliotheken. Entsprechend haben sich auch die Urheberrechtsabgaben auf CHF 360 000.– pro Jahr erhöht.

Nicht als Entgelt im Sinne des Tarifes gelten einmalige Einschreibgebühren, jährliche Mitgliedschaftsbeiträge oder sonstige, nicht pro Vermietvorgang erhobene Verwaltungsgebühren, wenn damit ein Teil der Betriebskosten gedeckt wird.

Rechtliche Grundlage

In Artikel 13 des Schweizerischen Urheberrechtsgesetzes (URG) vom 9. Oktober 1992 wird festgehalten, dass jeder, der Werkexemplare der Literatur und Kunst vermietet oder sonst wie gegen Entgelt zur Verfügung stellt, dem Urheber oder der Urheberin hierfür eine Vergütung schuldet. Nur eine Urheberrechtsgesellschaft mit einer entsprechenden Bewilligung kann diese Ansprüche gegenüber den Bibliotheken geltend machen.

Vergütungen

Die Vergütungen, die an die ProLitteris abzugelten sind, betragen 12% der Entgelte, welche die Benutzer der Bibliothek auf Ton- und Tonbildträger entrichten. Auf Bücher ist 9% der Entgelte geschuldet. Verlangt eine Bibliothek pro Buch vom Benutzer beispielsweise

CHF 1.– als Vermietentschädigung, sind neun Rappen an den Urheber oder an die Urheberin zu bezahlen. Unerheblich ist, ob die Vermieterin einen Gewinnzweck anstrebt.

Am häufigsten werden Tonbildträger, d.h. vor allem Videokassetten und DVD, in Bibliotheken ausgeliehen. Daraus resultieren CHF 225 000.– Entschädigungen, die an die ProLitteris zuhanden der Berechtigten bezahlt werden. Die Vorführung von Filmen ist nicht als Vermietung zu qualifizieren. Sie muss speziell geregelt werden. Für Bücher und Tonträger wie Tonbandkassetten und CD, welche Musik, aber auch Text, d.h. Hörbücher, beinhalten, werden weniger häufig Entschädigungen für das Vermieten verlangt. Die Bibliotheken entrichten insgesamt rund CHF 50 000.– für Tonträger und CHF 86 000.– für Bücher an die Berechtigten. Das Vermieten von Computerspielen ist nicht in GT 6 geregelt. Diese Rechte müssen beim Rechteinhaber selbst eingeholt werden.

Bibliothekstantieme

Von der Vermietentschädigung zu unterscheiden ist die Bibliothekstantieme, wie es sie im EU-Raum beispielsweise in Deutschland, Frankreich, Österreich und neuerdings auch im Fürstentum Liechtenstein gibt. Die Bibliothekstantieme bezieht sich auf das Verleihen, d.h. die Gebrauchsüberlassung ohne Entgelt. Die Entschädigungen werden beispielsweise in Deutschland nicht durch die einzelnen Bibliotheken, sondern durch die Bundesländer an die Urheberrechtsgesellschaft VG Wort entrichtet.

In der Schweiz hat Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi eine Motion für die Aufnahme der Bibliothekstantieme in das Urheberrechtsgesetz eingegeben.

Trotzdem fehlt im nun vorliegenden Entwurf für das zu revidierende Gesetz ein entsprechender Artikel. Die Gespräche für die Einführung einer Bibliothekstantieme werden indessen mit den Betroffenen weitergeführt. So fordern die Suisseculture und der AdS mit Nachdruck endlich dieses Recht. Die ProLitteris, welche mit der Umsetzung des entsprechenden Tarifes beauftragt würde, kann auf eine bereits bestehende Struktur aus dem GT 6 greifen, so dass der administrative Aufwand gering gehalten werden kann, was den Berechtigten bei der Ausschüttung zugute kommt.

Fotokopierentschädigung und Entschädigung für das interne Netzwerk

Urheberrechtlich geschützte Werke dürfen im Rahmen des Eigengebrauchs ohne Bewilligung der Berechtigten vervielfältigt werden. Darunter versteht man Nutzungen für die interne Information oder Dokumentation in Betrieben, Schulen, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen. Wer zum Eigengebrauch berechtigt ist, darf die erforderlichen Kopien auch durch Dritte wie eine Bibliothek herstellen lassen.

In vielen Bibliotheken stehen dem Personal und den Benützern der Bibliothek Fotokopiergeräte zur Verfügung. Hier kommt der Gemeinsame Tarif 8 II zum Zuge. Soweit in den Bibliotheken ein internes Netzwerk besteht, welches sowohl durch die Administration wie auch durch die Bibliotheksbesucher benutzt werden kann, untersteht die Bibliothek auch der Tarifpflicht des Gemeinsamen Tarifs 9 II.

Gesetzliche Grundlage

Gesetzliche Grundlage für das erlaubte ausschnittsweise Vervielfältigen im Sinne von Fotokopieren und digitalen Vervielfältigen bilden Artikel 19

und 20 URG. Die Entschädigungen sind nur geschuldet, soweit die jeweilige Bibliothek über die notwendigen Geräte wie Fotokopierer, Multifunktionsgeräte bzw. ein internes Netzwerk verfügt. Rund 100 Bibliotheken entrichten Fotokopierabgaben von insgesamt CHF 40 000.–. Nur wenige Bibliotheken verfügen heute über ein internes Netzwerk.

Vergütungen

a) Für das Herstellen von Fotokopien und die Nutzung von digitalen Vervielfältigungen im betriebsinternen Netzwerk (Intranet) für die interne Information und Dokumentation der Angestellten der Bibliothek entrichtet die Bibliothek eine Pauschale, die sich nach der Anzahl Angestellten richtet. Bei weniger als vier vollzeitbeschäftigten Personen entfällt diese Entschädigung.

b) Soweit die Bibliothek dem Benutzer einen Fotokopierer oder ein ähnliches Gerät (beispielsweise ein Multifunktionsgerät) zur Verfügung stellt oder für den Benutzer solche Papierkopien oder digitale Kopien erstellt, sind die Einnahmen nach der nachfolgenden Formel abzurechnen:

Papierkopien: Gesamteinnahmen aus diesem Bereich \times CHF 0.035.

Elektronische Kopien: Anzahl verwendete Dokumentseiten \times 0.70 \times CHF 0.035.

contact:

Für weitere Auskünfte und Fragen zu GT 6, 8, 9 wenden Sie sich an die ProLitteris, Universitätsstrasse 100, Postfach, 8033 Zürich, oder schauen Sie auf unserer Website www.prolitteris.ch nach den Details.

Tel.: 043 300 66 15

Fax : 043 300 66 68

E-Mail: mail@prolitteris.ch

www.prolitteris.ch

[a [r [b | i | d] o]

arbido newsletter → www.arbido.ch